

# Olympia-Boycott: „Warum sollen wir opfern?“

Wider Willen und wider bessere Einsicht, doch zur Solidarität mit den Amerikanern gezwungen, beschloß das Bundeskabinett letzte Woche, dem NOK den Boycott der

Olympischen Spiele in Moskau zu empfehlen. Das Parlament konnte nicht anders, stimmte dafür. Doch die meisten Sportler, denen der Appell gilt, wollen nach Moskau.

Die Diskussion im Kabinett über den Boycott der Olympischen Spiele war am vergangenen Mittwoch schon beendet, da meldete sich mit ernster Miene Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel noch einmal zu Wort. Der sonst so kühle juristische Kanzlerberater hatte diesmal keine fachlichen Bedenken anzumelden. Innerlich bewegt, wie die Runde spürte, trug er eine große Sorge vor.

Die Empfehlung der Regierung an die deutschen Sportler, den Moskauer Spielen wegen der Sowjetinvasion in Afghanistan fernzubleiben, sei gewiß unvermeidlich, leitete Vogel ein. Und wie die Kollegen sehe auch er die Notwendigkeit der Solidarität mit den Vereinigten Staaten.

Aber er halte es für seine Pflicht, fuhr der Minister fort, auf die ungewöhnliche Tragweite dieser Entscheidung hinzuweisen. Er denke dabei nicht einmal so sehr an die Reaktion der sowjetischen Führung, sondern an die Gefühle des russischen Volkes.

Daß ausgerechnet die Deutschen die Einladung zu den Spielen ausschlagen, werde schlimme psychologische Wirkungen haben, werde böse Erinnerungen an 1941, das Jahr des deutschen Überfalls auf die Sowjet-Union, wecken. Vogel: „Wir haben uns dort eingeladen eingefunden, und vier Jahre sind wir ungebeten dort geblieben.“

Der Justizminister beschrieb eine Stimmung, die alle im Kabinett bedrückte, und Kanzler Helmut Schmidt sagte: „Das sind Bedenken, die wir alle teilen“, die „in der Seele“ auch ihn beschäftigten.

Lange genug hatten sich die Bonner dem Drängen der USA nach einem Boycott der Spiele in Moskau widersetzt. Und als sie sich nicht länger hinter hinhaltenden Floskeln verstecken konnten, war der Entscheidung schließlich die Nötigung anzumerken.

Zwar „empfiehlt“ die Bundesregierung in der offiziellen Erklärung dem deutschen Nationalen Olympischen Komitee (NOK), „keine Mannschaft oder einzelne Sportler“ zu dem Sowjetspektakel zu entsenden. Aber Sanktionen, versicherten die Politiker, würden nicht verhängt, wenn sich das Komitee anders entscheide. Freilich, die Zusage ist in dem Kabinettspapier nicht ausdrücklich enthalten.

So war am Ende kaum jemand mit dem Beschluß zufrieden. Aus unterschiedlichen Gründen stieß er auf Unmut und führte zu neuem Streit.

Im Bundestag stimmten am Mittwochnachmittag, nach unerfreulichem

internen Hickhack, acht SPD-Abgeordnete gegen die Resolution, und neun enthielten sich der Stimme, rechte, linke und auch welche aus der Mitte. Prompt regte sich FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher auf: „Wenn das Schule macht“, werde die „Handlungsfähigkeit der Bundesregierung belastet“.

Knatsch gab es auch zwischen dem Kanzler und Sportminister Gerhart Baum über den Ausschluß von Sanktionen. Weil die Formulierung im Beschlußtext so vage ausgefallen war, blieb unklar, ob die Sportler — wie ursprünglich geplant — Spesen für die

zogen 62 Olympia-Kandidaten ein, und Weltmeister Eberhard Gienger turnte eine Reck-Kür. Zwar äußerten die Sportler ihr Verständnis für „die zu erwartende politische Empfehlung“ der Bundesregierung, doch „die überwältigende Mehrheit der Olympia-Kandidaten“, lautete das Bekenntnis, vertrete die „Ansicht, daß wir unsere Entscheidung zusätzlich auf sportliche und sportpolitische Gesichtspunkte zu stützen haben“.

Annegret Richter, Olympia-Siegerin über 100 Meter in Montreal, übergab die Sportler-Resolution dem Kanzler, der an einer zur gleichen Zeit statt-



Boycott-Gegnerin Richter, Boycott-Befürworter Schmidt\*: „Akrobatisches“?

Reise bekommen, wenn sie sich dem Boycott widersetzen.

Schmidt fürchtete, die Entscheidung werde unglaubwürdig, wenn der Staat gleichwohl bezahle, Baum aber findet die Finanzierung nach seinem Staatsverständnis nur konsequent (siehe Interview Seite 22).

Die italienische „Stampa“ belustigte sich schon über die Deutschen: „Akrobatische Kunststücke“ seien Schmidt gelungen: Am Ende könnten die Sportler — trotz gegenteiliger Empfehlung — „mit der finanziellen Hilfe des Steuerzahlers nach Moskau gehen“; die Italiener gehen ohnedies. Die „Süddeutsche Zeitung“ setzte ihren Leitartikel unter die Überschrift: „Ein Trauerspiel“.

Und auch die Sportler wirkten mit. Schon am Montag demonstrierten sie auf einer Sport-Show vor 5000 Zuschauern in der Dortmunder Westfalenhalle. Zu den Klängen der Münchner Spiele und mit Fackeln in der Hand

findenden SPD-Arbeitstagung über „Sport und Arbeitswelt“ in Dortmund teilnahm.

Schon vorher hatten die sogenannten Offiziellen des deutschen Sports einsehen müssen, daß viele ihrer Schützlinge nichts anderes im Kopf hatten, als nach Moskau zu fahren, was immer dahinten in Afghanistan auch geschehen sein mochte.

So hatte sich neben abgetrabten Leichtathleten wie Jutta Heine, ehemals Olympia-Zweite über 200 Meter, und Ingrid Mickler-Becker, ehemals Olympia-Siegerin im Fünfkampf, auch August Kirsch, Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes und CDU-orientiert wie seine beiden Damen, schon für einen Verzicht auf Moskau ausgesprochen. Als Kirsch aber erkannte, daß fast alle seine Leute, die er für Moskau ausersehen hatte,

\* Auf der Kundgebung von Olympia-Kandidaten „Für Olympia“, am 21. April in Dortmund.



Sportler-Kundgebung gegen Olympia-Boycott\*: „Wetten, daß wir teilnehmen“



Parole gegen Olympia-Boycott\*  
Bevölkerung will Verzicht

bei Olympia unbedingt dabei sein wollten, schwenkte der Funktionär um und war plötzlich auch dafür.

Und nicht nur Kirsch fiel um. Heinz Fallak — früherer Weitspringer und für Moskau als Chef de Mission vorgesehen — machte abermals einen großen Satz, erkannte die leichtathletischen Funktionäre als „ganz einhellig mit den Athleten“ und sprach bloß noch von der „Aufgabe, alle Möglichkeiten zur Teilnahme zu schaffen“.

Da meldete sich die Nationalmannschaft der Ruderer, die sich schon zum

\* Oben: in Dortmund mit (von rechts) Schwimm-Weltrekordler Gerald Moerken, Olympia-Siegerin Annegret Richter; unten: während der Sportler-Kundgebung in der Westfalenhalle.

Boycott verdonnert glaubte: „Wir fühlen uns als Minderheit vorgeschoben, während keine weitere Gruppe bereit ist, die Folgen ernsthafter Maßnahmen zu tragen.“ Schnell votierte auch der Verbandsvorstand für Moskau-Olympia.

Nicht nur die Ruderer beriefen sich auf Argumente wie das von Willy Brandt: „Niemand soll glauben, daß man durch einen Boycott einen einzigen russischen Soldaten aus Afghanistan herausholt.“ Oder auf das von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff: „Olympia-Boycott ist Unfug. Dann redet alles nur über die geplatzen Spiele und niemand mehr über die Invasion in Afghanistan.“ Oder auf den Krupp-Chef Berthold Beitz gar, Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees: „Herrn Carters Erklärungen interessieren mich nicht. Wetten, daß wir in Moskau teilnehmen.“

Auch, beispielsweise, der Bundeswehr-Stabsarzt und Rekordläufer Thomas Wessinghage empörte sich: „Warum sollen wir opfern, wofür wir leben und arbeiten, während Klöckner in der Sowjet-Union eine Aluminiumhütte baut?“

Da haben Mädchen ihre Muskeln wie die von Catchern hochgeprotzt, Männer sich, wie der 5000-Meter-Star Klaus-Peter Hildenbrand, dreimal am Meniskus und an der Achillessehne operieren lassen und jahrelang an nichts anderes als an Olympia gedacht.

Um nur dabei sein zu können am ersten olympischen Damenturnier in Moskau, verschoben drei Hockey-Spielerinnen ihren Studienbeginn nach dem Abitur — selbstlos? — um ein geschlagenes Semester. Der Hochsprung-Rekordler (2,32 Meter) und Weltcup-sieger Dietmar Mögenburg, ganze 19, gab die Schule — für Deutschland? — kurz vor dem Abitur auf, und der Radsportler Michael Naue stellte sein Abitur — in ritterlichem Geist? — um ein Jahr zurück.

Kanu-Sportler wie die Brüder Bruno und Norbert Piepenbeck brachen 1978 ihr Maschinenbau-Studium ab und bezogen zusammen mit dem Heizungsbauer Harald Hupertz das Leistungszentrum in Duisburg-Wedau. Der Bahnradsportler Bruno Hänle unterbrach sein Maschinenbau-Studium schon im Dezember 1977.

Dutzende von Olympia-Kandidaten legten Freisemester ein. Der medizinische Bademeister Hermann Gress aus dem erfolgreichen Maschsee-Vierer kündigte seine Stellung zum 1. April; Norbert Kühn, moderner Fünfkämpfer, stellte sein Lehrer-Examen ein Jahr hintan. Die deutsche Schwimm-Meisterin und Sportlehrerin Dagmar Rehak aus Heidenheim nahm ein halbes Jahr Olympia-Urlaub, ebenso der Innenarchitekt und Hammerwurf-Weltrekordler Karl-Hans Riehm.

Hinter Carter scharten sich vorerst nur die Reiter und die Turner „auf zum Streite“. Reiter-Präsident Graf Landsberg-Velen, nebenbei Vorsitzender des Malteser Hilfsdienstes und CDU-Mitglied, kommandierte der gesamten bundesdeutschen Schwadron absitzen. Auch Eberhard von Brauchitsch, Mitglied des Präsidiums der Deutschen Sporthilfe, zauderte nicht: „Wer nach Moskau geht, akzeptiert den sowjetischen Angriff.“

„Wie wollen Sie“, mahnte Brauchitsch die Teilnahmewilligen, „Ihren Kindern einmal erklären, daß Sie einem aggressiven, diktatorischen, kriegsführenden Land zur Fortsetzung seiner Politik die Hand gereicht haben?“

Doch der Appell verschlug nicht recht: Mehr und mehr bundesdeutsche Sportler fanden, daß der Boycott nichts als ein internes US-Thema war, innen- und wahlkampfpolitisch. „Mr. Carter, unser Land ist nicht Ihre Erdnuß“, hieß es auf einem Plakat in der Dortmunder Westfalenhalle.

Als sich am vorletzten Wochenende, wie lange schon vorher terminiert, die Olympia-Kandidaten im Leistungszentrum der Reiter und der Bundeswehr in Warendorf trafen, war der Olympia-Trend unüberhörbar geworden.

NOK-Chef Willi Daume gelobte: „Die Meinung der Aktiven muß Gewicht haben neben den anderen Stimmen, mit denen sich das NOK befassen muß.“

Doch bei der Entscheidung darf kein Athlet mitstimmen, wenn es am 15. Mai im Nationalen Olympischen Komitee zum Schwur kommt: 23 Fachverbände dürfen je drei Stimmen abgeben, über je eine Stimme verfügen 23 persönliche Mitglieder, darunter der frühere Sprint-Europameister Manfred Germar, der Olympia-Zweite Harald Norpoth und die Ski-Olympia-Siegerin Rosi Mittermaier.

Stimmberechtigt sind überdies fünf Ehrenmitglieder wie der frühere Ru-

# „Die Funktionäre sollen fahren“

SPIEGEL-Interview mit Innenminister Gerhart Baum über den Olympia-Boycott

**SPIEGEL:** Herr Baum, die Bundesregierung hat nach langem Gewürge den deutschen Sportlern empfohlen, wegen des Einmarsches der Sowjets in Afghanistan die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren. Druck aber, so heißt es, will sie nicht auf die Sportler ausüben. Drückt sich die Regierung vor einer klaren Entscheidung?

**BAUM:** Das war kein Gewürge. Wir haben uns den Entscheidungsprozeß nur nicht so leicht gemacht. Nach dem Votum der amerikanischen Sportler für eine Teilnahme war die Bundesregierung gefordert, eine klare Meinung zu äußern.

**SPIEGEL:** Was ist die Boykott-Empfehlung denn wert, wenn Sanktionen von vornherein ausgeschlossen werden?

**BAUM:** Für mich ist wichtig, daß diese Meinungsbildung mit Argumenten, nicht mit Sanktionsdrohungen geführt wird. Was ist eine Entscheidung denn wert, wenn sie nur unter Druck staatlicher Sanktionen zustande kommt? Wir haben dem NOK klar gesagt, was wir von ihm erwarten. Jetzt soll es frei entscheiden, wie es sich in einer außerordentlich schwierigen Situation verhält.

**SPIEGEL:** In der Öffentlichkeit wird der Anti-Olympiabeschluß der Bundesregierung als akrobatisches Kunststück, als Spiel auf zwei Klavieren kritisiert: eine Verbeugung vor den USA einerseits, andererseits der Versuch, auch den Sowjets noch halbwegs zu gefallen.

**BAUM:** Unsere Meinung ist eindeutig. Wir wollen, daß unsere Sportler nicht in Moskau an den Spielen teilnehmen. Wenn wir eine Empfehlung geben — nur dies können wir bei unserem Verständnis von der Rolle des Sports in einer freien Gesellschaft tun —, müssen wir in Kauf nehmen, daß der Sport anders entscheidet, auch wenn wir es nicht wünschen.

**SPIEGEL:** Der Kanzler hatte den Eindruck, Sie hätten mit Ihrer Äußerung, es werde kein Druck ausgeübt, augenzwinkernd zu verstehen gegeben, wenn die Deutschen doch nach Moskau führen, sei es auch nicht so schlimm.

**BAUM:** Hatte er? Meine Äußerung als Augenzwinkern mißzuverstehen hielt ich für unangebracht. An der Ernsthaftigkeit unserer Position ist kein Zweifel. Niemand sollte unser Verständnis von Meinungsbildung mit mangelnder Entschiedenheit verwechseln. Auch Herr Daume hat öffentlich erklärt, daß er meine Äußerung —

ebensowenig wie andere Erklärungen der Bundesregierung — keinesfalls als Augenzwinkern verstanden hat. Ich sehe mit einiger Besorgnis, daß gerade die Sowjet-Union, der es ja immer sehr schwerfällt, Sport und Politik voneinander zu trennen, in der jetzigen Situation auf den internationalen Sport — siehe Tagung der Weltfachverbände in Lausanne — einen ziemlich massiven politischen Druck ausübt. In eine solche Situation möchte ich unsere Sportler auf keinen Fall bringen noch gebracht sehen.



**Bonner Sportminister Baum**  
„Was hat eigentlich das IOC getan?“

**SPIEGEL:** Manche glauben, die laue Empfehlung leiste gerade denen Vorschub, die trotz allem nach Moskau fahren wollen.

**BAUM:** Umgekehrt. Im Sport würde eine Androhung staatlicher Konsequenzen, sei es Mittel-Entzug, sei es Paßverweigerung, als ein unangebrachtes Instrument angesehen. Eine solche Haltung der Regierung würde das Gegenteil dessen bewirken, was man sich eigentlich erhofft. Und gerade diejenigen im Sport, die sich für eine Nichtteilnahme einsetzen, haben uns dringend gewarnt, mit Drohungen zu hantieren.

**SPIEGEL:** Hatte die milde Mahnung nicht auch den verständlichen Zweck — trotz Solidarität mit den USA —, die Sowjets nicht zu sehr zu verärgern?

**BAUM:** Ich bin kein Außenpolitiker. Aber natürlich stand für uns im Vordergrund unsere Bündnistreue zu den Vereinigten Staaten. Gegenüber der Sowjet-Union war unsere Politik von dem Bestreben geleitet, sie in die Lage zu versetzen, möglichst ohne Gesichtsverlust Fehler zu korrigieren, im Interesse einer besonders für die Bundesrepublik und für Europa wichtigen Entspannungspolitik.

**SPIEGEL:** Von Solidarität ist immer die Rede, wenn man in der Sache nicht überzeugt ist.

**BAUM:** Es bestanden natürlich Zweifel, ob der Sport hier ein taugliches Mittel der Politik sein könnte. Wir haben schließlich keine andere Möglichkeit gesehen, als dem Sport dieses Opfer zuzumuten. Für mich ist eine Analyse der sportpolitischen Folgen wichtig.

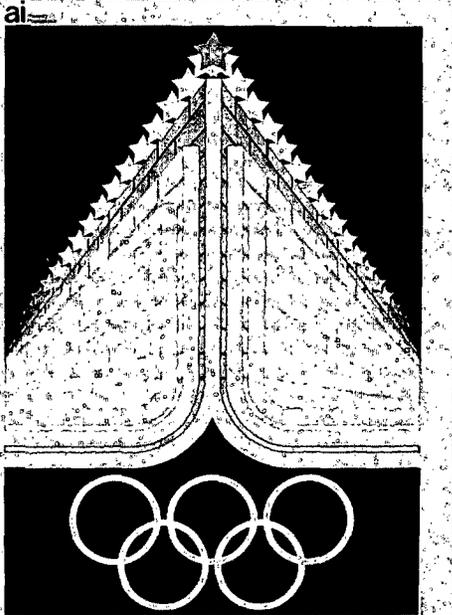
**SPIEGEL:** Welche Konsequenzen halten Sie denn für notwendig?

**BAUM:** Das IOC ist ja seiner Aufgabe, die eigenen Prinzipien, die eigene Charta zu verteidigen, überhaupt nicht gerecht geworden in den letzten Wochen. Es hat im Grunde in dieser Bewährungsprobe versagt. Was hat eigentlich das IOC getan, um eine Teilnahme an den Olympischen Spielen für alle Nationen zu gewährleisten? Jetzt plötzlich entnehme ich der Presse, daß der IOC-Präsident ein Gespräch mit Carter und Breschnew sucht. Eine hilflose Geste, kann ich nur sagen.

**SPIEGEL:** In der Empfehlung der Bundesregierung heißt es etwas sibyllinisch, an der bewährten Leistungssportförderung müsse festgehalten, Sportbegegnungen im internationalen Bereich sollten weiterhin nachdrücklich gefördert werden. Kriegen die Sportler nun Geld, wenn sie nach Moskau fahren, oder nicht?

**BAUM:** Dies ist zunächst mal umfassender gemeint. Es geht zurück auf eine Diskussion mit dem Sport in den letzten Tagen. Beide Seiten, Staat und Sport, sind besorgt darüber, daß mit der Olympia-Diskussion teilweise ein massiver Angriff auf den Leistungssport verknüpft war, der in seiner Nützlichkeit, seiner Finanzierungsbedürftigkeit in Frage gestellt worden ist. Auch wegen der mangelnden Erfolge in Lake Placid. Wir wollten also deutlich machen, daß wir an der Leistungssport-Förderung festhalten.

**SPIEGEL:** Gut, aber kriegen die Sportler das Geld, das für sie schon im



## Olympische Spiele 1980 Menschenrechte ohne Medaille?

### Anti-Olympiaplakat\*

„Ich hoffe, daß der Sport uns folgt“

Haushalt bereitgestellt ist, wenn das NOK sich an die Boykott-Empfehlung nicht hält?

**BAUM:** Ich würde es für bedauerlich halten, wenn wir jetzt diese ernste Frage der Olympia-Teilnahme reduzieren würden auf eine Finanzfrage. Zudem glaube ich nicht, daß sich diese Frage praktisch überhaupt stellt. Ich hoffe, und werde mich weiter dafür einsetzen, daß der Sport unserer Empfehlung folgt.

**SPIEGEL:** Aber man darf doch wohl fragen, was es heißt, wenn die Regierung verspricht, es gebe keine Sanktionen.

**BAUM:** Meine Meinung ist klar: Wenn wir sagen, wir wollen die Entscheidungsbildung im NOK nicht unter finanziellen oder juristischen Druck setzen, so muß das logischerweise in letzter Konsequenz heißen: Wenn der Sport sich wirklich für die Reise nach Moskau entscheiden sollte, darf er ebensowenig durch Paßenzug wie durch sonstige Sanktionen, durch Sperre der Mittel, die im Haushalt bereitstehen, daran gehindert sein.

**SPIEGEL:** Warum ist das nicht in der Empfehlung des Kabinetts deutlich gemacht worden? In der Erklärung, die der Kanzler im Bundestag abgegeben hat, ist nur davon die Rede, Einzelreisende könnten nichts erwarten.

**BAUM:** Da die Mittel nur für eine vom NOK zu entsendende Mannschaft bereitstehen, kommt eine Förderung von Einzelreisenden keinesfalls in Betracht.

**SPIEGEL:** Die Politiker in Ihrer eigenen FDP-Fraktion legen aber größten Wert darauf, daß keine Sanktionen angedroht werden.

**BAUM:** Ja. In der FDP-Fraktion hat diese Frage eine große Rolle gespielt. Mancher in unserer Fraktion hätte sich anders entschieden, wenn nicht ganz klar festgestellt worden wäre, mehrfach auch vom Fraktionsvorsitzenden, daß keine Sanktionen mit dieser Boykott-Empfehlung verbunden sind.

**SPIEGEL:** Werden also Sportler, die Soldaten oder Beamte sind, wie vorgehen ihren Olympia-Urlaub bekommen?

**BAUM:** Wenn sie sich über ein Votum von Regierung und Parlament hinwegsetzen, sollten sie ihren Jahresurlaub in Anspruch nehmen. Schließlich können sie als Angehörige des öffentlichen Dienstes nicht auch noch Sondervergünstigungen beanspruchen, wenn sie sich nicht an Empfehlungen ihres Dienstherrn halten.

**SPIEGEL:** Gilt die Boykott-Empfehlung auch für deutsche Schiedsrichter?

**BAUM:** Es wäre wirklich doppelbödig, wenn wir sagen, Sportler nicht, Schiedsrichter ja.

**SPIEGEL:** Und Funktionäre?

**BAUM:** Das ist eine andere Sache: Die meisten internationalen Fachverbände tagen während der Olympischen Spiele in Moskau. Dort stehen vielfach auch Wahlen an. Ich würde es für gut halten, wenn die Deutschen dort unsere Position vertreten und auch den deutschen Einfluß aufrechterhalten. Das ist wohl eine Notwendigkeit. Sie nehmen damit nicht an den Olympischen Spielen teil.

**SPIEGEL:** Herr Baum, die britische Regierung hat auch den Boykott empfohlen, aber dazu gesagt: Es gibt kein Geld bei Teilnahme. Zeigt diese Entscheidung nicht, daß man sehr wohl Staat und Sport auseinanderhalten kann, aber trotzdem Sanktionen verhängt?

**BAUM:** Die Entscheidung mag vielleicht auf äußeren Anblick eingängiger, verständlicher, konsequenter sein; aber in Wahrheit ist sie es nicht. Denn gerade wir Deutschen sollten nach den Erfahrungen der Nazi-Zeit nicht zu einer reglementierenden Verbindung von Staat und Sport kommen.

Ich füge hinzu: Wir haben bisher einen offenen Konflikt zwischen Staat und Sport vermieden. Wir wollen keinen Bruch wie in England. Wir haben ein partnerschaftliches Gesprächsverhältnis aufrechterhalten. Mit der Androhung von Sanktionen würde — wie uns der Sport selbst sagt — dieses Verhältnis empfindlich gestört.

der-Präsident Dr. Walter Wülfing und der ehemalige Leichtathletik-Präsident Dr. Max Danz, dazu der DSB-Präsident Weyer sowie die deutschen IOC-Mitglieder Daume und Berthold Beitz.

Ende vergangener Woche ergab eine NOK-interne Auszählung eine knappe Mehrheit für Teilnahme in Moskau. Demgegenüber hatte noch vor der Bonner Regierungserklärung eine SPIEGEL-Umfrage eine Mehrheit von 55 Prozent der Bevölkerung für den Boykott ergeben; 37 Prozent fanden, daß man „nach Moskau fahren“ solle.

Das Hü und Hott war absehbar, wohl auch unvermeidlich. Die Bonner hatten von Anfang an, seit US-Präsident Carter ohne Absprache mit den Verbündeten seinen Olympia-Boykott verkündete, intern und öffentlich, sehr zum Ärger Carters, gegengesteuert und die eigene Entscheidung ständig hinausgezögert. Aber immer drängender und unverfrorener forderte Carter Solidarität vor allem von den Deutschen.

Vorletzte Woche, als Außenminister Genscher in seiner FDP-Fraktion das Unvermeidliche ankündigte, flackerte in dreistündiger Diskussion unerwartet heftiger Widerstand auf. Die Abgeordneten artikulierten die Bedenken, die sie allenthalben an der Basis vernahmen.

Die Kritiker äußerten zwar Verständnis dafür, daß der Außenminister keinen Konflikt mit der westlichen Schutzmacht USA anzetteln will. Aber sie wünschten sich deutlichere Distanz.

Ungewöhnlich entschieden setzte sich Fraktionschef Wolfgang Mischnick letzte Woche vor der Kabinettsentscheidung an die Spitze der Kritiker. „Hans-Dietrich“, so warnte er, „nimm das nicht zu leicht.“

Unter Mischnicks Führung verwarfen die Liberalen vorigen Dienstag in der Fraktion die Erstfassung des Kabinettsbeschlusses, weil darin zu sehr der Eindruck vermittelt wurde, die Regierung empfehle aus eigenem Antrieb den Boykott. Sie verlangten, daß statt dessen im Text auf das Gebot der Solidarität mit den USA verwiesen werde.

Zugleich machte gerade Mischnick klar, daß, trotz Empfehlung, die Sportler in ihrer Entscheidung frei bleiben müßten. „Für mich ist das die Bedingung, daß es keine Sanktionen geben wird“, so Mischnick, und er erkundigte sich: „Ist jemand anderer Meinung?“ Niemand meldete sich, auch Genscher nicht.

Innenminister Baum war daher überrascht, als der Kanzler ihn im Kabinett annahm, weil er öffentlich geäußert hatte, es werde „kein Druck“ ausgeübt. Laut Protokoll hatte Schmidt nämlich in der vorletzten Woche den Sportlern im Kanzleramt noch selbst erklärt, daß die Bundesregierung nicht daran denke, das NOK oder die Sportler unter Druck zu setzen; Paßenzug oder die

\* Von Amnesty International.

*Stau-becken oder  
Staub-ecken?*



Linotext 100 trennt z. B. vollautomatisch und »dudenfest« – wie eine hochwertige Sekretärin. Durch den pflegbaren Ausnahmewortspeicher kann es selbst zwischen Stau-becken und Staub-ecken, zwischen Wachs-tube und Wach-stube unterscheiden. Immer wiederkehrende Texte und häufig vorkommende Kommandos lassen sich auf Softkeys abspeichern und beliebig oft abrufen.

## Linotext von Linotype

unser intelligentes Textverarbeitungssystem, hat einen günstigen Preis. Es ist wirtschaftlich und ergonomisch vorbildlich – mit elektromotorischer Höhenverstellung des Bildschirms, frequenzregulierbarer Operatorwarnung, mit programmierter Bedienerunterweisung auf Mini-Floppies etc., etc. . .

**Mergenthaler Linotype GmbH**  
**Frankfurter Allee 55–75**  
**Linotype-Haus**  
**D 6236 Eschborn bei Frankfurt**  
**Tel. 06196-403237/238**

**Mergenthaler Linotype GmbH**  
**Linotype-Haus · D 6236 Eschborn**

Ich möchte mehr über dieses intelligente und wirtschaftliche Textverarbeitungssystem für das Büro wissen und bitte um:

Kurzinformation \* Wie funktioniert das? \*

Ausführliche Unterlagen

Herr/Frau

in Firma

Straße

PLZ, Ort

**Antwortcoupon**

15

Sperre finanzieller Mittel kämen für die Bundesregierung nicht in Betracht.

Trotz aller Beteuerungen ist nun wieder unklar, ob die Sportler das im Haushalt bereitgestellte Geld abrufen können, wenn das NOK die Regierungsmaxime mißachtet. Der Kanzler verspürte wenig Lust zur Generosität. Am Freitag erklärte auch Kanzler-Staatssekretär Klaus Bölling dem SPIEGEL: „Die kriegen ihr Geld, aber wir erwarten, daß sie das Geld für Hochleistungssport, nicht für Moskau, verwenden.“

Verwirrung und große Verstimmung herrscht auch in der SPD-Fraktion, vor allem über Fraktionschef Herbert Wehner und FDP-Chef Genscher. Genscher nehmen die Genossen vor allem übel, daß ausgerechnet er sie wegen der abweichenden Stimmen herunterputzt; sie argwöhnen, er habe eine Resolution verhindert, der alle SPD-Abgeordneten zustimmen wollten.

Die SPD-Linken, vor allem Peter Conradi, hatten am Dienstag in der Fraktion zwar gegen eine Resolution des Bundestages gewettert, schließlich aber einen Ergänzungsantrag eingebracht, in dem es hieß: „Die Fraktionen von SPD und FDP unterstützen die besonnene Haltung der Bundesregierung und die Empfehlung zur Nichtteilnahme deutscher Sportler an den Olympischen Spielen in Moskau.“

Der Hintersinn des Antrags: Die Abgeordneten wollten mit einer solchen Vertrauenserklärung für die Regierung sicherstellen, daß die Opposition nicht mitstimmt. Norbert Gansel: „Die Opposition freut sich doch, wenn die Sportler nicht nach Moskau fahren, weil sie ohnehin gegen eine Olympiade in Moskau war. Mit diesen Motiven wollten wir uns nicht identifizieren.“

Mit der Kanzler-Einstellung hingegen waren selbst Linke sehr zufrieden, hatte Schmidt doch noch in derselben Sitzung seine Bedenken angemeldet: „Ich mache das nicht mit dem Herzen, ich mache das mit dem Kopf.“ Schmidt lobte denn auch den Antrag ebenso wie Justizminister Vogel. Die Mehrheit stimmte, obwohl Onkel Herbert einen der Befürworter niedergebrellt hatte, für diese Fassung.

In der kurzfristig angesetzten Sondersitzung am Mittwoch vor der Plenardebatte aber präsentierte Wehner plötzlich eine Resolution, die den vorgesehenen Passus nicht enthielt. Zeit für eine Diskussion blieb nicht mehr; Gansel aufgebracht: „Eine typische Wehner-Taktik.“ Schon beim Verlassen des Saales kündigten einige an, dem wollten sie nicht zustimmen.

Die Genossen vermuten, Genscher habe darauf gedrungen, einen auch für die CDU/CSU akzeptablen Antrag zu formulieren. Und Verheugen bestärkte sie in ihrem Verdacht – mit der Bemerkung: „Wir waren der Ansicht, eine gemeinsame Resolution sei vorzuziehen.“